

Berlin, 21.05.2019

Initiative "Freie Messenger" WPSEU 157/2019

Frage 1:

Wie steht Ihre Partei zur Forderung von Freien Messengern bzw. offenen Schnittstellen zwischen den (proprietären) Inselsystemen?

Antwort:

Wir sind sehr daran interessiert. Wir brauchen eine entsprechende Interoperabilitätsverpflichtung.

Frage 2:

Sind Ihrer Partei freie Messengersysteme wie Jabber(XMPP) oder Matrix bekannt?

Antwort:

Ja, beide.

Frage 3:

Wie ist der Stand und was konkret will Ihre Partei unternehmen, um Chatten anbieterunabhängig zu machen oder bestehen Planungen?

3.1 In der Parteiorganisation

-> Es wird derzeit kein/folgender Messenger aktiv genutzt: -Freitext- -> Es bestehen Überlegungen für den Einsatz von freien Systemen: **Ja/Nein**

Antwort:

Wir arbeiten mit Rocket.Chat.

Ja, es gibt Überlegungen für den Einsatz von freien Systemen

3.2 In der Mitgliederkommunikation:

-> Es wird derzeit kein/folgender Messenger aktiv genutzt: -Freitext- -> Es bestehen Überlegungen für den Einsatz von freien Systemen: **Ja/Nein**

Antwort:

MessengerPeople (Nutzer*innen können Nachrichten über WhatsApp, Facebook-Messenger, Telegram und Insta abonnieren)

Ja, es gibt Überlegungen für den Einsatz von freien Systemen.

3.3 In parlamentarischen Diskussionen/Gesetzgebung:

Ja, wir unterstützen die Forderungen der Bundesjustizministerin Katarina Barley, dass Messenger Dienste interoperabel werden sollen. So soll sichergestellt werden, dass beispielsweise WhatsApp-Nutzer auch mit den Nutzern von einem anderen Anbieter kommunizieren können. Die Anbieter müssen verpflichtet werden, ihre Schnittstellen zu öffnen. Es soll ein technischer Standard entwickelt werden, der ein hohes Datenschutz- und IT-Sicherheitsniveau sicherstellt. Die Kunden müssen auch bei einer Interoperabilitätsverpflichtung die Wahl haben und Messenger mit besseren Datenschutzstandards und mit vertrauenswürdiger Ende-zu-Ende-Verschlüsselung auswählen und dennoch mit anderen Messenger Diensten kommunizieren zu können.

Frage 4:

Unterstützt Ihre Partei die Meinung und Initiative "Öffentliche Gelder - öffentlicher Programmcode"?

Antwort:

Ja, öffentliche Einrichtungen und Projekte, die öffentliche Fördergelder bekommen, sollen verstärkt auf freie Software setzen. Von der öffentlichen Hand finanzierte freie Software soll, soweit es geht, als freie Software auch wieder der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Öffentlich finanzierte freie Software soll auch anderen Verwaltungen zur Verfügung gestellt werden.